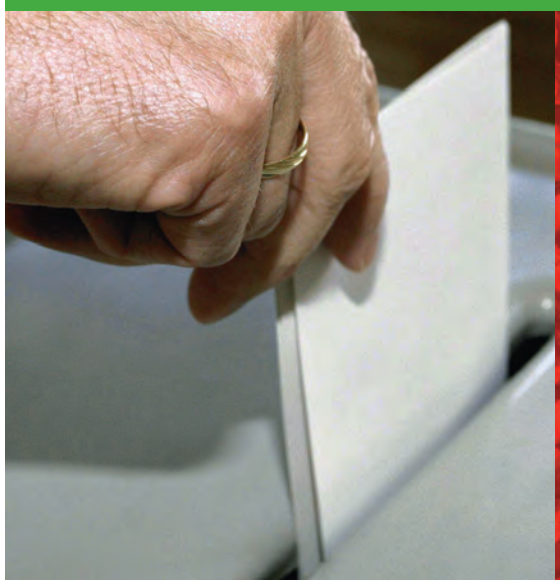
Zeitung der Grünen Kanton Bern Nr.16 | September 2010

GRÜNE Kanton Bern

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Abstimmung über die Initiative «zäme läbe – zäme schtimme»

Gemeindeautonomie und Integration stärken

Am 26. September 2010 stimmt die Bevölkerung im Kanton Bern über die Initiative «zäme läbe – zäme schtimme» ab. Die Initiative verlangt, dass die Gemeinden für AusländerInnen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz und seit fünf Jahren im Kanton wohnen, das kommunale Stimm- und Wahlrecht einführen können – seit langem ein grünes Anliegen.

Integration findet primär in den Gemeinden statt. Trotz dieser bekannten Tatsache leisten Bürgerliche Widerstand gegen die Initiative, die von den Grünen Kanton Bern mitlanciert wurde. Mit der Einbürgerung hätten AusländerInnen ohnehin das Stimm- und Wahlrecht, heisst es von gegnerischer Seite. Es gibt aber viele AusländerInnen, welche die Kriterien zur Einbürgerung nicht erfüllen oder sich aus verschiedenen Gründen nicht einbürgern lassen wollen. Die Einbürgerung sollte nicht gegen das Stimm- und Wahlrecht ausgespielt werden, denn beides sind wichtige demokratiepolitische Instrumente, die sich ergänzen. Die Betroffenen könnten mit dem Stimm- und Wahlrecht in kommunale Entscheide einbezogen werden. Und jede Gemeinde kann frei entscheiden, ob sie ihrer ausländischen Bevölkerung diese Recht zusprechen will oder nicht. Die Initiative «zäme läbe – zäme schtimme» ist somit auch ein Schritt hin zu mehr Gemeindeautonomie.

Keine Verschiebung in der Politlandschaft

Vermehrt haben rechtsaussen Parteien Befürchtungen geäussert, dass AusländerInnen für linke Parteien stimmen würden. Schön, wenn das so wäre. Leider stimmt diese Aussage nicht. AusländerInnen sind nicht per se Linke. Die Stimmverhältnisse würden, auch wenn alle Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht einführten, etwa die schweizerische Politlandschaft widerspiegeln. Um die Stimmen der AusländerInnen nicht zu verlieren, würden die rechtsaussen Parteien möglichst vermeiden, ausländerfeindliche Politik zu betreiben. Damit könnte also das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen indirekt der Fremdenfeindlichkeit einen Riegel schieben.

Weichen stellen auch im Kanton Bern

Wer seit zehn Jahren in der Schweiz, seit fünf Jahren im Kanton und seit drei Monaten in einer Gemeinde lebt, soll mitbestimmen können, wo Steuergeld investiert wird, wie die Schule und wie die familienergänzende Kinderbetreuung gestaltet werden sollen. Einmal stimmberechtigt hätten die AusländerInnen auch die Pflicht, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Viele Kantone (JU, NE, AR) kennen dieses Recht auf kommunaler Ebene bereits, einige sogar auf Kantonsebene. Die Gemeinden Bern, Biel, Moutier haben Bereitschaft gezeigt, dieses Recht einzuführen. Nun braucht es noch die Weichenstellung auf Kantonsebene. Darum: am 26. September unbedingt ein Ja einlegen, zur Initiative «zäme läbe – zäme schtimme»!

Hasim Sancar, Stadtrat und Co-Fraktionpräsident GB Stadt Bern, Mitglied Initiativekomitee

De rouge à verte

La mairie biennoise se libère à la fin de l'année. Imprégnée durant 20 ans par le maire actuel, elle représente aujourd'hui une chance unique pour nous, les Verts, de mener notre politique au plus haut niveau de l'action locale.
Voici un an et demi que je mène avec succès la direction de la sécurité et de l'énergie. Je me porte candidate en espérant devenir en novembre la première mairesse de Bienne. Cela me permettrait d'apporter un nouveau style à la mairie tout en continuant de gérer mes divers projets dans les domaines de l'énergie et de la sécurité jusqu'à la fin de l'actuelle législature (fin 2012).
Le but de ma candidature est de développer la durabilité dans tous les services de la Ville et de faire participer davantage la population dès la planification de projets. Des tâches que je remplirais avec beaucoup d'élan et de conviction.
Barbara Schwickert,
Directrice de la sécurité et de l'énergie de la ville de Bienne

Inhalt

Seite 2
Der Druck auf das Personal ist enorm

Seite 3
Start zur grünen Anti-Atom-Kampagne

Seite 5
Ziel ist ein Sitz im Gemeinderat

Seite 7
Es braucht Taten, nicht nur Worte

Zäme!

Was als Titel wie eine Befehlsform aussieht, soll nur eine kleine Geschichte à la Brecht auslösen:
Herr K ist ein Fremder. Herr K wird gefragt, warum er sich so zurückhaltend in sein Gastland integriere.
«Wie soll ich mich integrieren, wenn ich keine Stimme habe?», fragt Herr K aufgebracht, «Niemand hört mich.»
Nur wer stimmen kann, kann mitreden und nur über die Mitrede, den Dialog ist Integration möglich. Die Mitrede stärkt die Gesellschaft, das ahnten schon die alten Eidgenossen. Wenn ich mitreden kann, wenn ich stimmen kann, übernehme ich Verantwortung und kann darauf behaftet werden. Ich gehöre zur Mannschaft, zum Team und kann nicht sagen, ich stehe ausserhalb oder dazwischen und könne nichts dafür.
«Wenn Sie mir eine Stimme geben» , sagt Herr K, «will ich gerne dazu gehören und werde von nun an immer integriert grüssen: hoi zäme.»
Deshalb «Zäme läbe, zäme schtimme».

Francesco Micieli, Schriftsteller, Bern

■ Schule neu denken!

Die Arbeitsgruppe Bildungspolitik organisiert erneut eine Tagung zu aktuellen Bildungsfragen. Wie viele und welche Reformen sind heute sinnvoll? Mit welchen Unterrichtsformen und Schulmodellen kann die Schule erfolgreich sein?
Die Schule steht einerseits vor grossen Herausforderungen: heterogene Klassen, Übertrittsverfahren nach dem 6. Schuljahr, Umsetzung der Integration. Auf der anderen Seite steht der Anspruch, dass Kinder und Jugendliche lustvoll lernen können und nach ihren Möglichkeiten optimal unterstützt und gefördert werden.
In Referaten äussern sich *Prof. Dr. Jürgen Oelkers* (Universität Zürich) und Erziehungsdirektor *Bernhard Pulver* zu Bildungsreformen. Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler stellen in Ateliers etwas andere Schulmodelle und Unterrichtsformen vor. Die Tagung möchte dazu anregen, die Schule gemeinsam weiter zu denken und zu entwickeln.

20. November 2010, 9.30 – 16.30 Uhr,
Aula PHBern, Muesmattstrasse 29, Bern.
Information und Anmeldung:
www.integrativeschule.ch

Veränderungen im Gesundheitswesen

Der Druck auf das Personal ist enorm

Nächstes Jahr wird die Finanzierung von Spitex- und Heimdienstleistungen neu geregelt, ein Jahr später steht die Neufinanzierung der Spitäler und psychiatrischen Kliniken an. Von PolitikerInnen und Ökonomen und von einem grossen Teil der Anbieter selber wird verbreitet, dass diese Finanzierungsmodelle mehr Transparenz bringen und der Wettbewerb für tiefere Preise und mehr Qualität sorgen werde.

Im Vorfeld der Umstellung ist die Nervosität und Hektik gross. Niemand scheint so recht zu wissen, wohin die Reise tatsächlich geht, und wer immer kann, betreibt einen grossen Aufwand, um sich «am Markt richtig zu positionieren», wie es so schön heisst. Im Kanton Bern lösen die geplanten Umnutzungen von Spitalstandorten hitzige Diskussionen aus, und das Inselspital kämpft mit einer Beschwerde für sein Herzzentrum, während in Zürich private Investoren dem Unispital ein nigelnagelneues Hochhaus für Herzmedizin hinstellen wollen.

Ob in all dem Gerangel die bisher gute Qualität im schweizerischen Gesundheitswesen erhalten werden kann, ist sehr fraglich. Rückmeldungen des Personals lassen nichts Gutes erahnen. Da die Personalkosten bis zu 80% des Betriebsaufwands einer Gesundheitsinstitution ausmachen, lässt sich mit einer reduzierten Lohnrunde am schnellsten viel Geld einsparen. Das wird sich aber als Bumerang entpuppen, denn im Gesundheitswesen droht uns eine Personalknappheit in viel grösserem Ausmass als bei den Lehrkräften. Dort sprechen die ErziehungsdirektorInnen davon, die Löhne anzuheben und den Beruf attraktiver zu machen. Das sind Massnahmen, die im Gesundheitswesen dringend nötig sind.

Das Personal der Spitäler und Kliniken wendet sich diesen Herbst mit einem Offenen Brief an den Regierungsrat des Kantons Bern und fordert die öffentliche Hand auf, dafür zu sorgen, dass die Lohn- und Anstellungsbedingungen im Gesundheitswesen gleich sind wie bei den Kantonsangestellten und der Lehrerschaft.

Anstellungsbedingungen verbessern

Der Umbau der Berner Spitallandschaft muss sozial abgefedert werden. Wenn die privaten Anbieter gleichen Zugang haben sollen, müssen sie ihrem Personal auch die gleichen Anstellungsbedingungen anbieten. Da vorwiegend Frauen im Gesundheitswesen arbeiten, ist eine regelmässige Arbeitsplanung unabdingbar, damit Familie und Beruf miteinander vereinbart werden können. Kein leichtes Unterfangen in einer Branche, in der Tag und Nacht gearbeitet wird und die «Nachfrage» oft im Voraus nicht bekannt ist. Dazu braucht es genügend und gut ausgebildetes Personal.

Das alles ist nicht zum Nulltarif zu haben, und die Bevölkerung wird sich fragen müssen, was ihr eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung Wert ist. Spätestens als Patientinnen und Patienten oder im Alter werden wir alle diese Frage gleich beantworten: Wir hätten gern die beste Behandlung, Pflege und Betreuung. Das gewährt Ihnen vor allem motiviertes Fachpersonal!

Bettina Dauwalder, Gewerkschaftssekretärin VPOD, Mitglied AG Gesundheit Grüne

Sparanstrengungen im Gesundheitswesen treffen oft zuerst das Personal.

Jetzt die Weichen in Richtung erneuerbare Energien stellen

Start zur grünen Anti-Atom-Kampagne

Mit einer millionenschwerer Werbekampagne wollen die grossen Energieunternehmen die Bevölkerung für den Neubau von Atomkraftwerken gewinnen. Zu einer Technologie aus der Mottenkiste sagen die Grünen seit je her klar nein und lancieren ab Herbst 2010 eine kantonsweite grüne Anti-Atom-Kampagne.

Grüne Kampagne gegen einen AKW-Neubau in Mühleberg: Engagieren Sie sich mit uns!

Mit dem Schreckgespenst der Stromlücke und einer Verniedlichungskampagne zu den AKW-Risiken und zum radioaktiven Abfall (dieser strahlt gemäss BKW Broschüre ja «nur noch» 200'000 Jahre...) soll der Weg für den Bau von drei neuen AKW in der Schweiz geebnet werden.

Im Kanton Bern will die BKW, statt voll und ganz auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu setzen, in Mühleberg ein neues AKW bauen. Sie hat dazu beim Bund ein Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Die Mehrheit des Grossen Rates hat in der Junisession den Regierungsrat trotz zahlreich geäusserter Bedenken beauftragt, eine positive Stellungnahme zum Rahmenbewilligungsgesuch abzugeben. Dagegen müssen wir uns entschlossen und engagiert wehren, viel Zeit haben wir nicht.

Wichtige Weichen werden gestellt

Am 13. Februar 2011 soll die Berner Bevölkerung in einer Konsultativabstimmung zur Rahmenbewilligung für ein neues AKW-Mühleberg befragt werden, vorausgesetzt der Grosse Rat beschliesst das obligatorische Referendum. Kurz darauf, am 15. Mai 2011, werden das Referendum zum kantonalen Energiegesetz und unsere Initiative «Bern erneuerbar» zur Abstimmung kommen. Alle drei Abstimmungen müssen wir gewinnen und das ist alles andere als selbstverständlich.

Grüne Anti-Atom-Kampagne bewegt lokal

Grund genug in die Kampagnenkiste zu greifen und den vor Jahrzehnten erfolgreichen Kampfgeist gegen AKW, für Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu reaktivieren und neu entfalten zu lassen. Mit Hilfe all unserer Orts- und Regionalparteien wollen wir gemeinsam mit anderen Organisationen die Bevölkerung aufrütteln und wieder zu einer entschlossenen Bewegung formen, damit die entscheidenden Schritte getan und die energiepolitischen Weichen auf Zukunft gestellt werden.

Dazu planen wir Ende Herbst 2010 einen öffentlichen Anlass mit thematischen Inputs und prominenten Referenten. Die Orts- und Regionalgruppen sind aufgefordert, im Herbst und Winterquartal lokale Veranstaltungen zum Thema durchzuführen. Dazu wird ein Kampagnenkit mit Unterlagen, Musterflyern, Musteraktionen, Musterreferaten und Referentenliste zusammengestellt.

Wir suchen Personen, die sich persönlich an der Grünen Anti-Atom-Kampagne beteiligen möchten. Melden Sie sich noch heute auf der Geschäftsstelle unter sekretariat@gruenebern.ch oder per Telefon 031 311 87 01.

Antonio Bauen und Rita Haudenschild,
Grüne Mitglieder des Grossen Rates

À consommer sans délai !

Journaliste traitant des questions environnementales pour le quotidien Le Monde, Hervé Kempf a publié dernièrement deux ouvrages remarqués : Comment les riches détruisent la planète (Seuil Poche 2007) et Pour sauver la planète, sortez du capitalisme (Seuil 2009).
Si les titres sont assez provocateurs, le propos de Kempf s'exprime avec beaucoup de modération et sans dogmatisme. Il développe une réflexion autour des changements nécessaires pour sauver une civilisation du piège dans lequel elle s'enferme.
L'auteur propose une approche philosophique du système : une société composée d'individus essentiellement motivés par la recherche de leur intérêt individuel et toujours en compétition.
Lorsqu'il parle de « sortir du capitalisme », il ne pense pas renoncer pour autant à l'économie de marché mais celle-ci doit alors être strictement « cadrée » et respecter des règles en rapport avec la protection de l'environnement, la justice sociale ou le bien-être des générations futures. Des domaines comme l'environnement, la santé ou la formation doivent absolument être à l'abri de la dictature du marché. Pour lui, les dérèglements liés à la spéculation financière, à la montée des inégalités, à la criminalisation de l'économie et à la crise écologique et énergétique démontrent qu'une époque touche à sa fin. Notre génération est ainsi la première à se heurter aux limites de la biosphère terrestre.
Le système capitaliste n'est plus capable de répondre à la crise écologique qui s'aggrave, car sa logique est opposée par nature à une limitation des besoins. Comme nous devons réduire l'impact des activités humaines sur l'environnement pour affronter avec succès la crise écologique et énergétique, la priorité est de changer de modèle en développant des activités à impact écologique faible comme la formation, la culture, la santé ou l'agriculture de proximité. Mais cela ne sera pas possible si l'on ne commence pas par les pays riches et, au sein de ceux-ci, par la limitation des revenus et de la consommation « m'as-tu vu » des classes aisées.
En somme, un programme social-démocrate basé sur la reconnaissance des limites de la planète.
Pierre Amstutz, député

26. September 2010: Nein zur Initiative «Verkauf der Reitschule»

Reitschule bietet mehr – viel mehr!

Du sitzt im Zug, fährst über die Lorrainebrücke in die Stadt Bern ein, hörst neben dir ein altes Ehepaar: «Lueg das gruusige, farbige Huus da». «Ja, schlächti Wärbig für die schöni Houptstadt, gäu.» Du denkst, nein, eben gerade nicht! Dieses «gruusige, farbige Huus» ist beste Werbung für für Bern. Dieses Haus ist eine kleine Insel, die im Kommerz überlebt hat. Und ohne dieses Haus wäre Bern wie eine Disco ohne Musik.

Die Bedeutung der Reitschule hat sich natürlich geändert. Am Anfang noch für Pferde gedacht, wurde sie später umgenutzt. 1987 konnte die Reitschule erfolgreich besetzt werden und ist bis heute nicht wieder frei gegeben worden. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass diese Insel entstehen konnte. Sie trotzt dem Kapitalismus, dem Kommerz, der Politik, den baulichen Veränderungen in der Stadt. Längst ist sie von Strassen und Geleisen umzingelt, hat jedoch nichts von ihrer Würde verloren.

Die Reitschule ist Kultur pur

Viele wissen nicht, was die Reitschule alles bietet, hören nur von Schlägereien und Dealereien auf dem Vorplatz. Doch wird dort heute weniger gepöbelt und gedealt als etwa in der Aarbergergasse. Die Reitschule ist weder kriminell noch gefährlich. Seit 10 Jahren gehe ich dort ein und aus und mir ist noch kein einziger Zwischenfall zu Augen gekommen. In der Reitschule wird mehr Kultur und Animation geboten als in vielen anderen, stolz subventionierten Institutionen dieser Stadt. Für Kino und Theaterbegeisterte gibt es Tojo und Kino, getanzt wird im Dachstock und in der grossen Halle, gegessen im Sous le Pont, gewohnt in der Mitte des Hauses. Es gibt eine Druckerei, einen Frauenraum, eine Schreinerei, einen Tanzraum, den Flohmi, den Infoladen – alles, was das Herz begehrt.

Falls ihr das alles nicht gewusst habt, geht vorbei. Schaut euch diese Reitschule mal genau an, bevor ihr euer Urteil aus dem Zug heraus fällt. Zum fünften Mal wird die Berner Bevölkerung gefragt, ob sie die Reitschule weiterhin als das will, was sie heute ist. Und zum fünften Mal werden die BernerInnen Ja sagen zur Reitschule und ein Nein zur Initiative in die Urne legen.

Aline Trede, Vizepräsidentin Grüne Schweiz

Die Reitschule gehört zur Stadt Bern wie das Bundeshaus oder der Zytglogge.

junge grüne aktiv

■ Décroissance – eine grüne Alternative zum Green New Deal

Seit 2008 entstanden in der Westschweiz mehrere Netzwerke für Wachstumsverweigerung, bei deren Gründung junge grüne massgeblich beteiligt waren. Es ist Zeit, die Décroissance-Bewegung innerhalb der Grünen als Alternative zum technologie- und marktgläubigen Green New Deal zu diskutieren.

Im März 2010 konstituierte sich die Gruppe «Décroissance Bern» in der Hauptstadt. junge grüne gehörten zu den treibenden Kräften. Das Wort «Décroissance» kommt aus Frankreich und ist abgeleitet von «la lune décroissante», dem abnehmenden Mond. Dahinter steckt die Idee, dass sich unsere Gesellschaft vom Wachstumszwang befreien muss, um eine ökologische und soziale Katastrophe zu vermeiden.

Stetes BIP-Wachstum führt zum Kollaps

Die Absurdität des Wachstumsdogmas wird offensichtlich, bedenkt man, dass sich bei einem jährlichen BIP-Wachstum von 3% die Produktion aller Güter und Dienstleistungen in nur 23,5 Jahren verdoppeln müsste. Bis 2034 bräuchten wir also doppelt soviele Häuser, Autos, Spitäler, Windräder oder Babysitter. Bis 2057 wären es viermal soviele, 2088 zehnmal und in nur 100 Jahren hätte sich unser Leben verzwanzigfacht. Wenn man bedenkt, dass im letzten Jahrhundert ein ähnliches Wachstum (ausgehend von einem viel tieferen Niveau!) das Weltklima an den Rand des Kollapses brachte und eine krasse Ungleichheit in der Reichtumsverteilung zur Folge hatte, kann man sich vor einer solchen Entwicklung nur fürchten.
Auch die Entkoppelung von Ressoucenverbrauch und Wachstum fällt bei diesen Dimensionen kaum ins Gewicht: Sogar wenn der Ressourcenverbrauch pro Wachstumsprozent halbiert würde, müsste er sich innert hundert Jahren verzehnfachen.

Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekt zugleich

Décroissance will die Wirtschaft vom Wachtumszwang befreien und auf Bedürfnisdeckung ausrichten, Arbeit neu verteilen durch drastische Kürzung der Arbeitszeit, Raum schaffen für Bildung, Pflege sozialer Netze und erfüllende Tätigkeiten, die keinen ökonomischen Profit abwerfen. Anderseits will Décroissance die wirtschaftliche Globalisierung ein Stück weit rückgängig machen und somit den Menschen im Süden die Möglichkeit geben, ihre Länder ihren Bedürfnissen entsprechend zu entwickeln und für ihren Bedarf zu produzieren. Es geht nicht darum, von den ohnehin schon Benachteiligten noch mehr Opfer zu verlangen. Es geht um eine durchgreifende Umverteilung der Reichtümer, hier und weltweit.
Décroissance ist nicht nur ein Wirtschaftsprogramm, sondern auch ein Gesellschaftsprojekt. Es geht um Freude am Leben, um Freiheit von Konsumzwang und Werbemanipulation, um nachhaltiges Leben in einer solidarischen und entschleunigten Gesellschaft.

Mehr Informationen gibt es unter:
www.decroissance-bern.ch

Philipp Zimmermann, junge grüne

28. November 2010: Wahlen in der Stadt Thun

Ziel ist ein Sitz im Gemeinderat

Die Grünen Thun wollen mit ihrer bisherigen Stadträtin Andrea de Meuron als Spitzenkandidatin in den Gemeinderat. An ihrer Seite stellen sich die Stadträtin Suzanne Albrecht, sowie Peter Stutz und Wiebke Egli-Schaft zur Wahl.

Bei den Grossratswahlen im Frühling sind die Grünen in Thun um 35% eingebrochen, was ziemlich genau dem Anteil entspricht, den die Grünliberalen neu erreicht haben. Dieses Ergebnis motiviert die Grünen Thun heute für einen aktiven Stadtrats- und Gemeinderatswahlkampf. Als erste Partei haben sie ihre Liste für den Gemeinderat eingereicht und damit die Listennummer 1 ergattert.

Die Grüne Spitzenkandidatin Andrea de Meuron hat sich in ihrer ersten Legislatur im Stadtrat in der Verkehrspolitik einen Namen geschaffen. Sei es beim Fördern des Fuss- und Veloverkehrs oder beim Parkplatzkonzept der Stadt, aber auch beim Eindämmen des Wildwuchses der Mobilfunkantennen. Thomas Hiltpold, der vor vier Jahren knapp nicht in den Gemeinderat gewählt wurde, verzichtet aus beruflichen und familiären Gründen diesmal auf eine Kandidatur; er will aber im Stadtrat bleiben.

Listenverbindung mit SP ist eingefädelt

Die vier GemeinderatskandidatInnen führen die Wahlkampagne in ihren stärksten Themenbereichen an: Andrea vertritt Verkehrsthemen, Peter den Energiebereich, Suzanne die Wirtschafts- und Standortförderung und Wiebke deckt Sicherheitsfragen ab.

Mit der SP wurde eine Listenverbindung vereinbart. Andere Parteien wie die GLP oder die EVP stehen zu weit von den Grünen entfernt, als dass sie sich als Partner der Grünen im Wahlkampf aufdrängen würden. Mit ihrer Stadtratsliste zeigen die Grünen Thun, welches Potential in ihnen steckt. Neben den vier GemeinderatskandidatInnen kandidieren für den Stadtrat die beiden Bisherigen Thomas Hiltpold und Martin Erb, sowie neu Beat Grimm, Markus von Grünigen, Roman Gugger, Christine Heiniger, Nicole Märki, Petra Nobs, Jürg Oberli, Barbara Rauch, Jürg Rentsch, Marcel Ruchti, Regula Saameli-Klauser, Regina Steiner, Beat Wälti und Anna Wanger.

Bei den letzten Stadtratswahlen konnten die Grünen Thun knapp fünf Sitze ergattern. Die Ausgangslage hat sich mit dem Auftritt der GLP und der BDP auch lokal geändert. Umso wichtiger ist es, dass die Grünen nun von Beginn weg aktiv und sichtbar werden. Im erstmals durchgeführten Wahlkampfworkshop haben sie darum bereits die Aktivitäten und Strukturen für den gesamten Wahlkampf bis am 28. November festgelegt. Das Ziel lautet, wieder fünf Sitze im Stadtrat und mit Andrea neu einen Sitz im Gemeinderat zu erlangen.

Peter Stutz, Grüne Thun

Andrea de Meuron

Suzanne Albrecht

Peter Stutz

Wiebke Egli-Schaft

LokalSpots

■ Nachhaltig und autofrei wohnen

In Ostermundigen entsteht in den nächsten Jahren eine Siedlung für alle, die nachhaltig, autofrei und sozial wohnen wollen. Neben einem Hof und einer Piazza sind grosszügige Grünanlagen mit Blumenwiesen, Obst- und Pflanzgärten geplant. Klar ist für die Verantwortlichen auch, dass ein cleveres Mobilitätskonzept umgesetzt wird mit Mobility-Fahrzeugen, optimaler Veloinfrastruktur, guter Anbindung an den ÖV, Hauslieferdienst und vielem mehr.
Die Siedlung wird im Holzrahmenbau und im Minergie P Standard gebaut und verschiedensten Bedürfnissen und Wohnformen Platz bieten: Kinderfreundliche Familienwohnungen, Wohnungen für selbstbestimmtes Leben im Alter, Wohngemeinschaften für Behinderte und Gewerberäume. Mit Gemeinschaftsräumen wird ein aktives Siedlungsleben gefördert. Das Oberfeld liegt am Dorfrand von Ostermundigen, anschliessend an ein bewaldetes Naherholungsgebiet.
Es bietet Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote in Gehdistanz, öffentliche und private Schulen in nächster Nähe.
Weitere Informationen auf www.wohnen-im-oberfeld.ch .Wer eine Wohnung reservieren will, meldet sich für eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft bei info@wohnen-im-oberfeld.ch oder bei WBG Oberfeld, Postfach 1196, 3000 Bern 23 oder unter Tel. 031 550 07 87 (Beantworter).
Die Siedlung wird im Frühling 2011 gebaut

■ Erfolgreich: Referendum gegen Kunstrasen

Im Oktober 2009 hat der Grosse Gemeinderat von Worb einen Kredit von 1,6 Mio. Franken für den Bau eines Kunstrasen-Fussballfeldes gesprochen. Die Grünen haben (unterstützt von der EDU) gegen diesen Beschluss das fakultative Referendum ergriffen. Unter dem Motto «Fussball? – Aber natürlich!» haben die beiden Parteien innert Kürze 345 Unterschriften gesammelt. An der Gemeindeabstimmung im Juni hat das Referendumskomitee deutlich gewonnen: 1'498 Worberinnen und Worber (oder 55% der Stimmenden) haben ein Nein zum Kunstrasen in die Urne gelegt.
Die Grünen Worb sind erleichtert über diesen verantwortungsvollen Entscheid. Beim Bau eines Kunstrasens wären über 90 Tonnen Gummigranulat in den Boden versenkt worden; dieses müsste alle 10-12 Jahre wieder ausgetauscht werden – ein unnötiger Material- und Energieverschleiss! Zudem ginge Grünfläche verloren und im Sommer müsste teilweise mehr gewässert werden als bei einem Naturrasenfeld, da sonst das Gummigranulat schmilzt. Nebst diesen ökologischen Argumenten ist ein Kunstrasen auch im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht vertretbar: Nebst den Baukosten von gegen 2 Millionen Franken müssen für Unterhalt und Erneuerung jährlich etwa 100'000 Franken zurückgestellt werden.

Krise, Arbeitswelt, soziale Sicherheit

Gewerkschaften sind gefordert

Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

In Krisenzeiten wird die Bedeutung der Gewerkschaften noch deutlicher. Die Grünen tun gut daran, sich für soziale Sicherheit und gute Arbeitsplätze einzusetzen, denn sie sind Voraussetzung für die Akzeptanz von ökologischen Anliegen.

Themen wie Erhalt unserer Lebensgrundlagen, erfüllende Arbeit, bezahlbarer Wohnraum oder gesicherte Altersvorsorge berühren die Menschen existenziell. Die weltweite Finanz- und Klimakrise führen zu Verunsicherungen, die speziell auch die Arbeitswelt betreffen. In einem liberalen Wirtschafts- und Sozialstaat wie der Schweiz, wo die Regulierung der Arbeitsverhältnisse in grossem Masse den Sozialpartnern überlassen wird, kommt den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu.

Proteste gegen gefährdete Arbeitsplätze

Diesen Frühling setzten sich die Deisswiler Arbeitnehmenden zusammen mit der Unia für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ein. Vor dem Berner Rathaus protestierten Stadtangestellte, unterstützt vom VPOD, gegen die vom Stadtrat beschlossene Erhöhung des Rentenalters. BefürworterInnen sprachen von der notwendigen Flexibilisierung des Rentenalters. Flexibilisierung hat aber schon längst in der Arbeitswelt Einzug gehalten. So leiden VerkäuferInnen unter den immer längeren Ladenöffnungszeiten, die ihr Familien- und Sozialleben beeinträchtigen. Neu sollen nach dem Willen gewisser PolitikerInnen die Läden in der Berner Altstadt an Sonntagen rund um die Uhr geöffnet haben, obwohl das weder vom Verkaufspersonal noch vom Gewerbe gewünscht wird.

Sozialversicherung unter Druck

Lohn- und Rentenfragen rücken in der Krise stärker ins Zentrum. Die Empörung über hohe Boni für Manager hat dem von den Gewerkschaften ergriffenen Pensionskassen-Referendum zum Erfolg verholfen. Nun gilt es, die Schwächung der Arbeitslosenversicherung abzuwehren. Gerade den Jungen darf der Berufseinstieg nicht noch mehr erschwert werden. Ob Arbeitsplätze in Deisswil, Pensionsregelungen in Bern oder Arbeitslosenversicherung: Gewerkschaften und Grüne sind gemeinsam gefordert.

Christine Michel, Stadträtin GB, Gewerkschaftssekretärin Unia

Betreuungsgutscheine

Dynamik ins Kita-System bringen

GRÜNE
FREIE LISTE GFL
DER STADT BERN

Die Stadt Bern hat Pionierarbeit in der externen Kinderbetreuung geleistet. In den letzten Jahren haben wir uns aber von unseren Zielen entfernt. Wir sind an einem Punkt gelandet, wo einige Sachen nicht mehr wirklich funktionieren und ein Umdenken angebracht ist.

Die beiden Hauptprobleme sind das Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage und zu lange und volle Wartelisten. Es herrscht zudem Rechtsungleichheit zwischen subventionierten und privaten Kitas. Dazu kommt, dass das System zu teuer geworden ist und doppelverdienende Eltern zu stark belastet. Vor allem Frauen müssen sich die Frage stellen, ob es sich überhaupt noch lohnt, zu arbeiten.

Jetzt neue Wege in der Kinderbetreuung denken.

Es bieten sich verschiedene mögliche Lösungen an. Ein Ansatz könnte ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle sein, wie es die Kita-Initiative der SP verlangt. Die GFL/EVP-Fraktion im Stadtrat ist aber der Meinung, dass Kitaplätze wieder stärker erwerbstätigen Eltern zugute kommen müssen und dass ein Rechtanspruch der falsche Weg für eine bessere Abdeckung des Bedarfs ist. Wir möchten neben dem Ausbau des Angebots auch die Qualität der Betreuung sichern und den Eltern die Wahl geben, wo sie ihre Kinder betreuen lassen wollen. Deshalb unterstützen wir die Einführung von Betreuungsgutscheinen. Wir wollen keinen Massenbetrieb, wo Kinder einfach gehütet werden, sondern ein qualitativ hohes Angebot an Kinderbetreuung, wo Eltern selber die Kita für ihr Kind auswählen. Die Erfahrungen eines Pilotprojekts in Luzern mit Gutscheinen zeigen, dass das «System Gutscheine» das Angebot vergrössert hat. Entgegen den Argumenten der Gutschein-GegnerInnen kam es in Luzern weder zu Verschlechterung der Qualität noch der Arbeitsbedingungen des Personals.

Sicher sind Betreuungsgutscheine alleine nicht ausreichend für die Modernisierung der Kinderbetreuung. Sie können aber einen Beitrag leisten für einen bedarfsgerechten Ausbau des Kita-Angebots.

Rania Bahnan Büchi, Stadträtin GFL

Augenhöhen

Liebe Mitgrüne und Mitrote! Wer bei GB und SP mitmacht, tut dies aufgrund bestimmter

Werthaltungen. Die GFL/EVP-Fraktion weiss das zu schätzen. Auch bei uns wird man aus bestimmten Werthaltungen heraus Mitglied. Ein zentrales Element unseres Bündnisses ist die gegenseitige Anerkennung dieses simplen Tatbestands. Politisieren wir nicht auf gleicher moralischer Augenhöhe, entsteht ein Verhältnis von AnklägerInnen und Angeklagten. Wir, das «M» von RGM, haben wenig Differenzen mit euch in den Bereichen Ökologie, Kultur, Urbanität. Bei Sozialpolitik und öffentlicher Sicherheit reiben wir uns aneinander. Nicht weil unsere Grundwerte so verschieden sind, sondern weil wir andere Gewichte setzen und andere Vorgehensweisen bevorzugen. Für den Fortbestand unserer Zusammenarbeit entstehen keine unlösbaren Probleme, nur weil es heftige Debatten gibt. Tödlich würde es, wenn die gleichwertige moralische Augenhöhe nicht mehr anerkannt würde.

Peter Künzler, Fraktionspräsident GFL/EVP

Delegierte verabschieden Resolution zur Biodiversität

Es braucht Taten, nicht nur Worte

Biodiversität war das inhaltliche Hauptthema der Delegiertenversammlung am 17. August in Biel. Im Anschluss daran verabschiedeten die Delegierten ein Grundsatzpapier zu den Nationalratswahlen 2011 und beschlossen im Herbst 2011 mit einer eigenen Kandidatur an den Ständeratswahlen teilzunehmen.

Daphné Rüfenacht, Stadträtin und Vizepräsidentin Grüne Kanton Bern begrüsste die Delegierten in Biel. Diese beschäftigten sich im internationalen Jahr der Biodiversität intensiv mit diesem urgrünen Thema. In einem Inputreferat betonte Urs Känzig, Leiter Abteilung Naturförderung Kanton Bern, dass «...der Schutz und die Förderung der Biodiversität ein gesellschaftlicher Entscheid ist, der in der Politik festgeschrieben werden muss.» Im Anschluss daran betrachteten Antonio Bauen (ehemaliger Gemeinderat Münsingen, Grossrat Grüne) und Kathy Hänni (Biobäuerin und Grossrätin Grüne) die Biodiversität aus der Sicht der Gemeinde respektive der Landwirtschaft.

Die Delegierten verabschiedeten in der Folge einstimmig die Resolution «Natur-Vielfalt fördern – konkret, gemeinsam, jetzt!», in welcher sie unter anderem ihr eigenes Engagement im Hinblick auf die anstehende Abstimmung für die eidgenössische Volksinitiative «Raum für Mensch und Umwelt» (Landschaftsinitiative) konkretisieren.

Nationale Wahlen 2011

Im Hinblick auf die nationalen Wahlen 2011 beschlossen die Delegierten, dass die Grünen Kanton Bern mit einer starken Liste zu den Nationalratswahlen antreten und dass sie mit einer eigenen Kandidatur an den Ständeratswahlen teilnehmen werden. Von den bisherigen NationalrätInnen wieder antreten werden Franziska Teuscher und Alec von Graffenried. Nicht mehr antreten zu den Wahlen wird Therese Frösch.

Monika Hächler, Co-Geschäftsleiterin Grüne

Die Resolution und ein Grünes Grundlagenpapier zur Biodiversität sind auf der Webseite www.gruenebern.ch unter «Positionen» aufgeschaltet.

Antonio Bauen, Grossrat und ehem. Gemeinderat, zeigt, mit welchen politischen Instrumenten die Biodiversität erhöht werden kann.

Aktiv

■ Selektionsfreie Volksschule: keine Illusion

Der Verein «Volksschule ohne Selektion» (VSoS) setzt sich für die Chancengleichheit aller Schulkinder ein. Diese ist in der Bildung in der Schweiz immer noch nicht gewährleistet. Gemäss Pisa-Studie hängt die Leistung der Schulkinder stark vom sozioökonomischen Hintergrund ihrer Familien ab. Besonders schlechte Karten haben fremdsprachige Ausländerkinder. Die Selektion diskriminiert diese; sie werden nicht nach schulischen Leistungen eingeteilt, sondern aufgrund ihres Wohnorts, Geschlechts und ihrer sozioökonomischen Herkunft.
Dass die Selektion die Benachteiligung eines grossen Teils unserer Schulkinder in Kauf nimmt, ist durch unzählige Studien belegt. Im Kanton Bern wird jedes Jahr rund die Hälfte der Kinder durch falsche Einschätzungen in Realklassen zugeteilt.
Bern ist der Kanton mit dem zweithöchsten Anteil an RealschülerInnen. Diese Fehleinschätzungen haben Folgen für die Bildungskarriere dieser Kinder, wie die Langzeit Studie TREE zeigt.
www.tree-ch.ch

Förderung der Stärken statt Selektion

Seit einem Jahr gibt es den VSoS mit Sitz in Bern. Er setzt sich für die Abschaffung der Selektion in der Volksschule ein. Die Selektion läuft dem Ziel einer integrativen Schule zuwider, sie diskriminiert, verfehlt die gewünschte Wirkung von optimaler Förderung aller SchülerInnen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ist für Lehrpersonen zur Belastung geworden.
Der Verein will Einfluss nehmen auf die Bildungspolitik, interessierte Personen sensibilisieren und über die Nachteile der Selektion informieren. Zielpublikum sind PolitikerInnen, Lehrpersonen und Eltern, die auf eine selektionsfreie und integrative Schule hin arbeiten.

Cristina Anliker Mansour, Stadträtin GB Bern, Vorstandsmitglied VSoS
www.vsos.ch

Termine

■ **11.09.2010:** Bildungsworkshop der AG Frauenpolitik und der AG Internationales & Migration des GB Stadt Bern zum Thema «Feminismus und Islam». 14 – 17h in Bern. Anmeldung bei angela.mattli@caux.ch
■ **17.09.2010:** Fachtagung SES «Energiekrise als Chance», mehr Infos: www.energiestiftung.ch
■ **29.09.2010:** Nomination der Kandidatur für das Stadtpräsidium Biel, 19h, Restaurant Romand Biel
■ **03.11.2010:** «Energieautarke Städte», Präsentation und Diskussion des zukunftsweisenden Konzepts um 19h Uhr im St. Gervais étage, Untergasse 21, Biel. Unterstützt von den Grünen Biel, www.vision2035.ch
■ **03.11.2010:** Filmabend zum Thema «Energie und Klimaerwärmung». Halle 6, Scheibenstrasse in Thun. Apéro und Podiumsdiskussion mit GemeinderatskandidatInnen der Grünen Thun

Impressum
Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler
Gestaltung: TransForm
Foto S. 2: Lindenhofschule, S. 7: Herbert Schweizer, S. 8: Jean-Marie Gunz
Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken
Auflage: 6500; Redaktionsschluss Nr. 17: 8.10.2010

Sans-Papiers in der Schweiz

Berufsbildung allen ermöglichen

Es ist ein Widerspruch, dass die Kinder von Sans-Papiers fast in allen Kantonen eine Schulbildung erhalten, von der Berufsbildung aber ausgeschlossen werden. Im Ständerat sind nun zwei Motionen hängig, die das ändern wollen.

Zwischen 200'000 und 300'000 AusländerInnen arbeiten in der Schweiz illegal. Ohne diese Arbeitskräfte könnten ganze Teile unserer Wirtschaft nicht normal funktionieren: Hotellerie, Gastwirtschaft oder Baugewerbe. Es sind Menschen, die unser Ausländergesetz verletzen, die aber täglich ihre Leistung zu unserem Wohl erbringen, ganz im Stillen, ohne sich bemerkbar zu machen, in der Illegalität eben. Max Frisch hat treffend formuliert: «Wir haben Hände eingestellt, es sind Menschen gekommen». Dies ist eine nicht tolerierbare Situation, die es zu korrigieren gilt. Auch die Kinder dieser Sans-Papiers sind illegal. In der Schweiz leben sogar Illegale der dritten Generation.

Kinder von Sans-Papiers sollen nicht mehr von der Berufsbildung ausgeschlossen werden.

Primär eine humanitäre Frage

Heute werden die Kinder von Sans-Papiers in den meisten Kantonen normal eingeschult. Die Erfolgreichen können sogar ans Gymnasium und an die Universität gehen. Eine Lehre bleibt ihnen hingegen verwehrt, da sie keine Arbeitsbewilligung erhalten. Kinder von Sans-Papiers dürfen nicht für die Entscheidung ihrer Eltern bestraft werden. Die Schweiz hat in ihren Schulbesuch investiert. Indem wir sie von der Berufsbildung ausschliessen, gehen ihre Fähigkeiten für unser Land verloren. Es ist keine Frage von links oder rechts, keine migrationspolitische Frage, sondern es geht um Humanität und Gerechtigkeit. Die Kinder von Sans-Papiers sind gut integrierte Jugendliche, die in der Schweiz aufgewachsen oder hier geboren sind.

Der Nationalrat hat die Motionen Hodgers (NR Grüne GE) und Barthassat (NR CVP GE) angenommen, die allen in der Schweiz lebenden Jugendlichen die Türen für eine Berufsausbildung öffnen wollen. Hoffen wir, dass der Ständerat sich bald gleich entscheidet.

Christian van Singer, Nationalrat Grüne Waadt

AVIG – so nicht

Zehntausende von Menschen haben wegen der Masslosigkeit von Finanzmanagern im vergangenen Jahr ihre Stelle verloren. Wer oben sitzt, gewinnt schon wieder, während jene unten entlassen werden und aufs Arbeitsamt pilgern. Das ist nicht fair!

Die Revision der Arbeitslosenversicherung will nun gar Topverdiener und ManagerInnen durch tiefere Beiträge belohnen. Gemäss Bürgerlichen soll dagegen die breite Bevölkerung schlechtere Leistungen erhalten. Ganz besonders die Jungen werden übermässig durch die Revision bestraft.

Die Grünen haben das von Gewerkschaften ergriffene Referendum mitgetragen. Über 140'000 Unterschriften wurden in kurzer Zeit gesammelt. Die grosse Zahl zeigt, dass die Bevölkerung sich wehrt. Da können die Bürgerlichen noch lange erzählen, sie setzen sich fürs Volk ein. Wenn in der Tagesschau nur noch die Rede von Boni für Chefs und CEOs ist, glaubt das kein Mensch mehr.

Darum braucht es am 26. September ein deutliches Nein für die Revision der Arbeitslosenversicherung!

Aline Trede
Vizepräsidentin Grüne Schweiz

Parolen

■ Kantonal

Die Delegierten unterstützen die Initiative «Zäme läbe, zäme schtimme» und empfehlen, am 26. September 2010 ein JA in die Urne zu legen. Mehr dazu siehe S. 1 und 2.

■ National

Die Delegierten sagen NEIN zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG). Tritt die Revision in Kraft, würden junge Arbeitssuchende bestraft, die ohne eigenes Verschulden keine Arbeit haben. Statt sich auf eine Finanzierungslösung zu beschränken, schlägt der Bundesrat einen Leistungsabbau von rund zehn Prozent vor und bestraft damit die Opfer der Wirtschaftskrise. Die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung bringt nur Verschlechterungen: Für die Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden höhere Beiträge und weniger Schutz. Für die Arbeitsuchenden weniger Taggelder, weniger Weiterbildung und längere Wartezeiten. Für die Kantone und Gemeinden Mehrausgaben bei der Sozialhilfe.

■ Stadt Bern

Grünes Bündnis (GB) und Grüne Freie Liste (GFL) sagen NEIN zur Initiative «Schliessung und Verkauf der Reitschule».

Finanzierung der öffentlichen Räume WankdorfCity, Kreditaufstockung: GB und GFL sagen JA.

GRÜNE Kanton Bern bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1066
3000 Bern 23
031 311 87 01
sekretariat@gruenebern.ch
Adressänderungen bitte nicht melden

☐ **Ich interessiere mich für Grüne Politik. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.**

☐ **Ich möchte Mitglied werden**

E-Mail

Unterschrift